

## Leitantrag der Jungen Union Sachsen-Anhalt zum 33. Landestag

### Staatsmodernisierung durch Digitalisierung und Reformen

Die öffentliche Verwaltung begegnet uns in vielen Bereichen des Alltags: Ob beim Beantragen des Personalausweises oder beim Anmelden des Autos, überall werden Daten abgefragt und Formulare ausgefüllt. Hinter den Kulissen laufen noch viel komplexere Verwaltungsprozesse ab, die für die Gestaltung des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens immens wichtig sind. Mit Blick auf die überall wahrnehmbare Digitalisierung – sei es beim Einkaufen im Onlineshop oder beim Mieten eines Autos – scheinen manche Verwaltungsprozesse jedoch aus der Zeit gefallen. Dies hat verschiedene Gründe, die auf mehreren Ebenen und untereinander konsistent bearbeitet werden müssen. Dazu zählen auch die Vereinfachung und die Verschlankung von Verwaltungsvorgängen.

### Effizienzsteigerung innerhalb bestehender Strukturen

Im Ländervergleich sind in Sachsen-Anhalt im Verhältnis zur Einwohnerzahl mehr Mitarbeiter im öffentlichen Dienst beschäftigt als in anderen Bundesländern. Die Strukturen und Stellen im öffentlichen Dienst der einzelnen Länder lassen sich nicht eins zu eins vergleichen, dennoch zeigt sich ein gewisses Missverhältnis.

Bisher fehlt an vielen Stellen ein **behördenübergreifender Daten- und Informationsaustausch**. Aus diesem Grunde entstehen Doppelstrukturen, durch die sich Verwaltungsprozesse verlangsamen. Wir fordern daher die **flächendeckende Einführung der E-Akte bis 2028**. Darüber sollen auch Landes- und Kommunalbehörden miteinander vernetzt werden.

Während einige Bereiche in Behörden und in der Verwaltung überlastet sind, sind die Tische in anderen Bereichen weniger voll. Vor diesem Hintergrund muss im Rahmen einer **Bedarfsanalyse zur Evaluierung des Personalbedarfs durch einen externen Dienstleister** der Stellenplan so angepasst werden, dass alle Mitarbeiter in den Verwaltungsstrukturen des Landes und der Kommunen bedarfsgerecht entlastet und mit Aufgaben betraut werden. Darüber hinaus ist es erforderlich, dass überlastete Bereiche auch kurzfristig unterstützt werden können, indem **Mitarbeiter entsprechend ihrer Qualifikation bereichsübergreifend eingesetzt werden** können. Speziell verbeamtete Mitarbeiter können für einen absehbaren Zeitraum auch in anderen Funktionen eingesetzt werden. Dies gilt insbesondere in Notlagen wie beispielsweise einer Pandemie oder Flüchtlingskrise.

## Einführung einer Bürgerkarte

Mit Blick auf die Zukunft unserer digitalen Gesellschaft fordern wir, dass sich die amtierende Landesregierung mit der **Einführung einer Bürgerkarte** nach estnischem Vorbild auseinandersetzt und deren bundesweite Umsetzung anstrebt. Eine solche Karte hat sich in anderen europäischen Ländern als ein wirkungsvolles Instrument zur Digitalisierung des öffentlichen Lebens und zur Erleichterung zahlreicher Verwaltungsprozesse erwiesen. Es ist an der Zeit, dass auch Deutschland von den zahlreichen Vorteilen einer solchen Bürgerkarte profitiert. **Sie soll als Chipkarte für alles dienen: Personalausweis, Führerschein, Gesundheitskarte, Fahrkarte im ÖPNV und Bibliotheksausweis.** Der Gang zur Behörde sollte nur noch für Heirat und Scheidung notwendig sein.

Sie würde eine Vielzahl administrativer Prozesse erheblich vereinfachen. Bürgerinnen und Bürger könnten **Behördengänge und Formalitäten bequem von zu Hause aus erledigen**, sei es die Beantragung von Dokumenten, die Steuererklärung oder die Anmeldung von Wohnsitzen. Dies würde nicht nur den bürokratischen Aufwand reduzieren, sondern auch die Effizienz und Geschwindigkeit der Verwaltungsprozesse steigern.

Die Einführung einer Bürgerkarte würde auch die **Datensicherheit verbessern**. Mit modernster Verschlüsselungstechnologie ausgestattet, könnte die Bürgerkarte persönliche Daten sicher speichern und übertragen. Dies würde das Risiko von Datenmissbrauch und Identitätsdiebstahl erheblich reduzieren.

Eine Bürgerkarte würde die **digitale Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger fördern**. Besonders in ländlichen Gebieten, wo der Zugang zu Verwaltungsdiensten oft eingeschränkt ist, könnte die Bürgerkarte eine bedeutende Verbesserung darstellen. Sie würde es ermöglichen, unabhängig von Wohnort und Zeit auf wichtige Dienstleistungen zuzugreifen und somit die digitale Kluft zu verringern. Hierfür braucht es zwingend eine gut funktionierende Internetinfrastruktur.

Die Digitalisierung durch eine Bürgerkarte würde auch die **wirtschaftliche Entwicklung fördern**. Unternehmen könnten von effizienteren Verwaltungsprozessen und einer verbesserten digitalen Infrastruktur profitieren. Dies würde die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im internationalen Vergleich steigern.

Angesichts dieser zahlreichen Vorteile ist es an der Zeit, die Einführung einer Bürgerkarte in Deutschland entschlossen voranzutreiben.

## 67 Föderalismus neudenken und reformieren

68 Der Föderalismus ist ein zentrales Element des politischen Systems in Deutschland, das  
69 auf der Verteilung von Kompetenzen zwischen Bund und Ländern basiert. Trotz seiner  
70 historischen Bedeutung und vieler Vorteile gibt es immer wieder Reformbedarf. So  
71 müssen Effizienz, Transparenz und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen  
72 Regierungsebenen rasant verbessert werden.

73 Ein zentrales Problem des deutschen Föderalismus ist die oft unklare  
74 Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern. Dies führt nicht selten zu  
75 Doppelarbeit, Kompetenzstreitigkeiten und ineffizienten Entscheidungsprozessen.  
76 Eine Reform sollte daher darauf abzielen, die **Zuständigkeiten zwischen Bund und**  
77 **Ländern klarer zu definieren und zu trennen.** Dies könnte durch **eine umfassende**  
78 **Überarbeitung des Grundgesetzes** erreicht werden, bei der die Kompetenzbereiche  
79 klar und eindeutig neu zugeordnet werden. Besonders in **Bereichen wie Bildung,**  
80 **Gesundheit und Innere Sicherheit könnten klarere Zuständigkeiten, auch für den**  
81 **Bund,** zu effizienteren und schnelleren Entscheidungsprozessen führen.

82 Ohne den Ergebnissen der Beratung vorwegzugreifen, kann aus unserer Sicht die  
83 Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern durch den **Ausbau des kooperativen**  
84 **Föderalismusmodells, etwa durch Erweiterung der Gesetzgebungskompetenz des**  
85 **Bundes in Art. 72 Abs. 2 GG, verbessert werden.** In diesem Modell wird die  
86 Zusammenarbeit institutionalisiert und systematisch gefördert. Hierzu könnten  
87 gemeinsame Gremien und Ausschüsse geschaffen werden, die regelmäßig  
88 zusammenkommen und gemeinsame Lösungen für übergreifende Probleme  
89 erarbeiten. Dies würde nicht nur die Kommunikation verbessern, sondern auch  
90 Synergien schaffen und eine kohärentere Politikgestaltung ermöglichen. Insbesondere  
91 bei großen gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen wie dem Klimawandel oder  
92 der Digitalisierung ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern  
93 unerlässlich.

## 94 Digitalisierung der Verwaltung: Effizienz und Zukunftsfähigkeit durch Reformen

95 Die Digitalisierung ist entscheidend, um Verwaltungsprozesse effizienter zu gestalten  
96 und dem Fachkräftemangel langfristig entgegenzuwirken. Um eine digitale Verwaltung  
97 zu realisieren, müssen sowohl Gesetze als auch die Infrastruktur entsprechend  
98 angepasst werden. Seit Anfang 2023 müssen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung  
99 mithilfe des sogenannten „Digitalchecks“ auf ihre Digitaltauglichkeit hin geprüft

werden. Dieser Check, verpflichtend durchgeführt durch den nationalen Normenkontrollrat (NKR), bietet methodische Prozessbegleitung sowie fachliche Hinweise zur digitalen Gesetzgebung.

Der Digitalcheck wurde bereits von Bayern und Sachsen übernommen und ermöglicht es, Normen von Anfang an digitaltauglich zu gestalten. Er schafft die Voraussetzungen für die digitale Umsetzung neuer Regelungen und fördert Transparenz sowie Entbürokratisierung. Zusätzlich unterstützt der Digitalcheck den Übergang von papierbasierten zu digitalen Prozessen und gewährleistet Datenintegrität. **Wir fordern deshalb die Einführung des Digitalchecks in Sachsen-Anhalt.** So sollen Gesetzgebungsvorhaben auch auf Landesebene auf ihre digitale Kompatibilität geprüft werden. Der Digitalcheck sollte gesetzlich verankert und in die Novelle des E-Government-Gesetzes Sachsen-Anhalt (EGovG LSA) integriert werden

Auf Bundesebene wird die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse durch Arbeitsgruppen konzeptioniert. Solche Arbeitsgruppen sollen auf Landesebene ebenfalls eingesetzt werden. Dabei soll beachtet werden, dass neue digitale Prozesse wirkungsorientiert umgesetzt werden. Ein wichtiger Schritt ist die **Umsetzung des Once-only-Prinzips** im Rahmen der Registermodernisierung, wodurch Bürger ihre Daten nur einmal hinterlegen müssen, und verschiedene Behörden darauf zugreifen können. Cybersicherheit und digitale Archivierung spielen hierbei eine wesentliche Rolle. Zudem sollten Bürger **besseren Zugang zu Daten** erhalten, beispielsweise durch eine **Übersicht aller Landesförderungen**, um Fördermittel besser ausschöpfen zu können.

Um diese Forderungen umzusetzen, müssen das Land und die Kommunen der Digitalisierung hohe Priorität einräumen und entsprechende finanzielle Mittel bereitstellen. Langfristig ergeben sich durch die Effizienzsteigerung nicht nur Kosteneinsparungen, sondern auch eine Entlastung der Mitarbeiter und eine Verbesserung der Bürgerfreundlichkeit der Prozesse. Abschließend fordert die Junge Union Sachsen-Anhalt die **Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe**, um Konzepte für alle Verwaltungsebenen und -bereiche zu erarbeiten und umzusetzen.

### **Freisetzung von personellen Ressourcen und Reduzierung von Behördenstrukturen**

Die Einführung der Bürgerkarte und umfassender digitaler Verwaltungsprozesse ermöglicht eine **Freisetzung von personellen Ressourcen und eine Reduzierung von Behördenstrukturen**. Durch die Digitalisierung vieler administrativer Aufgaben können

133 zahlreiche Arbeitsschritte automatisiert und optimiert werden, was zu erheblichen  
134 Effizienzsteigerungen führt.

135 Die digitale Identifikation und elektronische Signatur vereinfachen zahlreiche Prozesse,  
136 die zuvor manuelle Überprüfungen und Papierdokumente erforderten. Anträge und  
137 Verträge können online bearbeitet und abgeschlossen werden, wodurch der Bedarf an  
138 Personal für diese Aufgaben erheblich sinkt.

139 Durch die Bündelung von Dienstleistungen auf digitalen Plattformen können  
140 **verschiedene Behördenfunktionen zentralisiert und rationalisiert werden.** Dies  
141 ermöglicht die Schließung oder Zusammenlegung von Behörden, die zuvor separat  
142 betrieben wurden.

143 **Die Nutzung von E-Government-Diensten reduziert die Notwendigkeit persönlicher**  
144 **Vorsprachen und manueller Bearbeitungen von Anträgen.** Automatisierte Systeme  
145 übernehmen Routineaufgaben wie die Bearbeitung von Steuererklärungen oder die  
146 Ausstellung von Dokumenten, was zu einer weiteren Freisetzung personeller  
147 Ressourcen führt. Dadurch wird dem bestehenden Fachkräftemangel begegnet.

148 Langfristig führt die Digitalisierung zu einer schlankeren, effizienteren Verwaltung. Die  
149 freiwerdenden personellen Ressourcen können für andere, nicht automatisierbare  
150 Aufgaben genutzt oder zur Kostensenkung abgebaut werden. Gleichzeitig werden  
151 **Bürgerfreundlichkeit und Servicequalität der öffentlichen Verwaltung erhöht.**